

Feindbild Kraftfahrzeug

Die erste Aufregung in der Feinstaub-Debatte hat sich zwischenzeitlich gelegt. Nach dem in der ersten Hysterie viel von „Dieselasthma und Feinstaub-Toten“ schwadroniert wurde, beginnt sich die Diskussion zu versachlichen.

Die Diskussion hatte sich an einer Richtlinie der EU entzündet, die völlig unrealistische Werte vorgegeben hat. Es wäre Sache des Bundesumweltministers gewesen, insoweit Nachbesserung zu verlangen. Denn selbst ohne Autos und ohne sonstige, von Menschen verursachte Emissionen sorgt bereits die Natur für den Anfall solcher Feinstaubmengen, dass die Grenzwerte teilweise überschritten werden. Ein Vulkanausbruch in der nördlichen Hemisphäre, Saharasaand oder schlicht Wind über trockenen Feldern reicht dazu aus, die Feinstaubwerte in grenzüberschreitende Höhen zu treiben. Gleichwohl haben Medien und Politik das Auto und insbesondere die Dieselfahrzeuge als angeblichen Hauptverursacher – wieder einmal – vorverurteilt. Dabei ist Fachleuten längst klar, dass der Partikelaustritt des Diesels nur einen Bruchteil der Luftbelastung ausmacht. Tatsächlich hat der Rußpartikelaustritt in Deutschland seit 1990 um 93% und hat die Luftbelastung insgesamt um mehr als 90% abgenommen. Zudem ist es nicht möglich, den Ruß aus Haushalten, Industrieanlagen und Dieselmotoren statistisch getrennt zu erfassen. Hier ist vielmehr der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Fest steht allerdings, dass rd. 50 Prozent der Luftverunreinigung rein aus biologischen Quellen stammen. Zu nennen sind hier z.B. die im Sommer besonders starken Pollenbelastungen der Luft. Diese natürlichen Feinstaubbelastungen werden, wie die FAZ kürzlich süffisant ausführte, von den Verbrennungsmotoren der Autos angesaugt und verbrannt, weshalb die Kfz's Luftreinigungsmaschinen seien: sie saugten schmutzige Luft an, als sie zum Auspuff hinausbliesen. Weil der eine oder andere Politiker erkannt haben mag, dass aus der Feinstaub-Diskussion „die Luft raus“ ist, sucht sich die Politik derweil neue Felder, um Kraftfahrzeuge und ihre Fahrer zu beschimpfen und zu drangsalieren.

So ist in jüngerer Zeit besonders von Regionalpolitikern teilweise von „Mautprellern“ zu hören, die von der Autobahn auf Nebenstrecken ausweichen, um gebührenfrei zu fahren. Da reibt man sich verwundert die Augen: „Prellern“ heißt, einen an sich geschuldeten Betrag nicht zu zahlen. Wer aber neben der Autobahn fährt, schuldet eben keine Maut. Hier wird offenbar bewusst mit falschen Begriffen hantiert, um legales Verhalten zumindest in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren. Man fragt sich, ob derjenige, der sein Fahrzeug nicht in einem teuren städtischen Parkhaus abstellt, sondern lieber außerhalb des Zentrums gebührenfrei parkt, demnächst als Parkgebühren-Preller bezeichnet wird. Auch hier wird der Lkw bewusst wahrheitswidrig diskreditiert.

Ein weiterer Punkt: „Verkehrsexperten“ von SPD und Union fordern, weil die Freiheit des Kraftfahrers bislang offenbar noch nicht genug eingeschränkt worden ist, ein absolutes Rauchverbot am Steuer. SPD-Verkehrsexperte Dankert hatte der BILD-Zeitung zu Protokoll gegeben, dass durch das Rauchen am Steuer die Unfallgefahr drastisch steige. Woher er diese Erkenntnis hat, verschweigt er freilich. Bereits vor vier Jahren gab es den Rauchverbots-Vorschlag schon einmal aus Reihen von SPD und CDU. Die Realisierung des Verbots scheiterte daran, dass sich ein erhöhte

Unfallgefahr durch Rauchen am Steuer durch Untersuchungen nicht hatte belegen lassen.

Im bevorstehenden Sommerloch wird allerdings auch diese Diskussion sicher noch eine Zeitlang fortgeführt werden. Es fragt sich, wann der nächste „Experte“ ein Verbot von essen und Trinken im Auto, dem Bedienen des Radios oder des CD-Players gefordert. Möglich wäre auch, ein Redeverbot im Auto zu fordern. In den Ferienmonaten sorgen Streitereien mit Ehepartnern/Lebensgefährten und Kindern (wann sind wir da?) bei der Aneise zum Ferienziel gewiss für erhebliche Konzentrationsdefizite, die ursächlich am einen oder anderen Unfall sein mögen. Vielleicht wäre ein – von der Polizei scharf zu überwachendes und bei Verletzungen mit Eintragungen im Verkehrszentralregister verbundenes - Schweigegebot die Forderung dieses Sommers. Möglicherweise allerdings nicht nur für Autofahrer, sondern auch für die Verkehrsexperten aus der Politik.



Bundesverband Wirtschaft, Verkehr und Logistik e.V.
Lengsdorfer Haupstr. 73
53127 Bonn